Offener Brief an den Bundeskanzler

Autor(en): **Grass, Günter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **44 (1965)**

Heft 4

PDF erstellt am: **03.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-337675

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Papuas bewohnten West-Irian oder im Falle Malaysias, kommt ihm nicht zum Bewußtsein, denn es kann seiner Dialektik nach nur einen weißen Kolonialismus und Imperialismus und keinen farbigen geben.

Kürzlich ließ sich der indonesische Präsident von einem britischen Journalisten interviewen. Bei dieser Gelegenheit lehnte der alte Lebemann die immer öfter auftauchenden Vergleiche zwischen ihm und dem Asketen Hitler ab: «Hitler haßte die Kommunisten, und ich mag sie gern.»

Ja, er mag sie so gern, daß er der aus Peking ferngelenkten Kommunistischen Partei 1964 den bis dahin von der Armee verwehrten Eintritt in seine Regierung ermöglichte. Falls kein Wunder geschieht, wird sie eines Tages das politische Erbe des kranken, stark gealterten Sukarno übernehmen.

GÜNTER GRASS

Offener Brief an den Bundeskanzler

Der bekannte Schriftsteller Günter Graß veröffentlichte kürzlich im «Spandauer Volksblatt» einen «Offenen Brief» an Bundeskanzler Erhard. Dieses Dokument hat auch außerhalb der Bundesrepublik allgemeine Beachtung gefunden. Es wurde denn auch in der Presse unseres Landes erwähnt, wobei man sich in der Regel damit begnügte, lediglich den – mittlerweile berühmt gewordenen – Schlußsatz zu zitieren. Es lohnt sich, dieses Geistesprodukt ersten Ranges im ganzen Wortlaut abzudrucken. RL.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Treten Sie bitte zurück. Die Bürger der Bundesrepublik haben, solange ihr Staat, unsicher genug, besteht, noch nie solchen Anlaß gehabt, Scham zu zeigen, zu verbergen oder zu leugnen, wie in diesen Tagen, da Sie, Herr Erhard, womöglich ohne es zu wollen – denn was wollen Sie schon? –, die Welt lehren, sich abermals von uns abzuwenden:

Ein Diktator namens Nasser, der seine politische Macht, vergleichbar seinem deutschen Besucher Walter Ulbricht, der Gewalt und permanenter Mißachtung demokratischer Rechte verdankt, erpreßt Sie und unsere Regierung, den Staat Israel schwer zu demütigen.

Wie taktlos, befangen und hilflos, aus Gründen bewiesener Unfähigkeit, muß ein Bundeskanzler sein, der die Ungeheuerlichkeit begeht, heute, da uns die heranrückende Verjährungsfrist ungesühnter Verbrechen Prüfstein genug ist, nochmals die Toten und Überlebenden der Konzentrationslager Auschwitz und Treblinka, Sobibór und Chelmo, Theresienstadt und Buchenwald zu beleidigen, ja, ihren Mördern und Peinigern Genugtuung zu verschaffen?

Ein Minister, ein Bundeskanzler kann und darf sich irren, solange die Ausmaße seines Irrtums übersichtlich und korrigierbar bleiben. Doch diesmal geht es nicht um Kohle, Fernsprechgebühren und Getreidepreise, vielmehr weitet hier ein offensichtlich überforderter Mann seinen politischen Bankrott zu einer Katastrophe aus, deren Folgen eine Generation zu tragen haben wird, die schon an den Folgen der letzten Katastrophe – vor zweiunddreißig Jahren begann sie – mehr als genug zu tragen hat.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben sich oft genug berufen gefühlt, als «Volkskanzler» eine anonyme und irreale Masse anzusprechen. Wer so selbstherrlich spricht, muß mit direkter Antwort rechnen. Ich antworte Ihnen als Bürger und Schriftsteller, der 1927 geboren wurde, ein mehrmals gebranntes Kind ist und Kinder hat, die er vor den Folgen Ihres Unvermögens schützen möchte: Treten Sie zurück, Herr Erhard. Sie gefährden uns alle. Unser Volk hat Anlaß zur Scham genug. Jemand, der das Maßhalten zur Phrase erhoben hat, ist dabei, die Schamlosigkeit maßlos zu betreiben.

Literatur

Wieder «Helvetisches Malaise»

Ein bekannter Wissenschafter und staatspolitischer Denker, der aus St. Gallen stammende, an der Universität Basel wirkende Staatsrechtler Prof. Dr. Max Imboden hat soeben erneut das Gefahrensignal «Malaise» gestellt und damit auf jene schweizerische Grundstimmung hingewiesen, die eine «seltsame Mittellage zwischen ungebrochener Zuversicht und nagendem Zweifel» bezeichnet. «Der Wille ist immer noch auf Bejahung gerichtet, aber es stellen sich ihm aus einem schwer durchdringbaren Halbdunkel entscheidende Hindernisse entgegen. Noch bleibt die Haltung der Bürger weit von der offenen Ablehnung entfernt; aber das selbstverständliche Einvernehmen mit der politischen Umwelt und ihrer Form, der Demokratie, ist zerbrochen», schreibt Imboden in seinem Büchlein «Helvetisches Malaise» (EVZ-Verlag, Zürich, 1964).

Von den Symptomen nennt Imboden besonders die verweigerte demokratische Teilnahme; die Stimmbeteiligung nimmt ständig ab. Dann die anwachsende, leerlaufende und anonyme Propagandaflut, die den Bürger nur noch ratloser werden läßt und noch mehr der Urne fernhält, wobei ein groteskes Mißverhältnis zwischen Propagandaaufwand und Aufwand für konstruktive politische Arbeit besteht. Und die abnehmende Leistung von Staat und Verwaltung: «Daß unsere öffentlichen Dienste ihre sprichwörtliche Zuverlässigkeit sichtbar verlieren und daß unsere Schulen nicht mehr die frühere hohe Qualität der Ausbildung verbürgen, ist nur das Äußerliche. Andere Einbußen